Bündnis 90/Die Grünen

Bundesschiedsgericht

Beschluß

In dem Parteiordnungsverfahren

des Kreisverbandes [...], vertreten durch den Kreisvorstand, dieser vertreten durch [...],
[...], [...],

Antragsteller,

gegen

vom Antragsteller nicht benannte unkekannte Personen,

Antragsgegner,

hat des BSchG am 5. April 1997 durch seinen Vorsitzenden Müller-Gazurek in
Abstimmung mit den gewählten BeisitzerInnen beschlossen:

Zur Entscheidung in dem Verfahren wird das Landesschiedsgericht [...] bestimmt.

Gründe

I.

Der antragstellende Kreisverband will ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses gegen bislang nicht benannte, im Verfahren also unbekannte Mitglieder wegen Manipulationen einer Abstimmung auf der LDK [...] vom 2.11.96 betreiben.

Er beantragt in diesem Zusammenhang die Bestimmung eines LSchG.

II.

Der Antrag ist zulässig und begründet:

Da sowohl das Parteiengesetz als auch die Bundessatzung ein mindestens zweiinstanzliches Verfahren vorschreiben, bestimmt § 16 Abs. 4 Ziffer 4 der BS, daß, wenn, wie hier in [...] ein (ordentlich besetztes) LSchG nicht besteht, das BSchG ein anderes LSchG bestimmt.

Von dieser Vorschrift war daher Gebrauch zu machen.